

Betriebsleitung die richtigen Vorschläge der Parteiorganisation zur Abstellung von Fehlern nicht annehmen will, ist die Gruppenleitung verpflichtet, höhere Parteiinstanzen um ihr Eingreifen zu ersuchen.

Die Betriebsgruppe muß wachsam darauf achten, daß das Prinzip der persönlichen Verantwortung und der persönlichen Leitung nicht verletzt wird. Durch ihre Betätigung muß sie die Autorität der wirtschaftlichen Betriebsleitung und die Produktionsdisziplin stärken. Wo es keine persönliche Leitung gibt, dort gibt es keine Ordnung. Und wo nicht Ordnung herrscht, dort fehlt die Grundvoraussetzung für normale Arbeit. Die Betriebsgruppe darf daher keine Verfügungen der Betriebsleitung willkürlich ändern. Sie hat keine direkten Anweisungen hinsichtlich der Produktion zu geben. Sie darf nicht verlangen, daß der Betriebsleiter jede Verfügung vorher mit dem Sekretär der Gruppe bespricht. Die Gruppenleitung darf nicht Betriebsangehörige selbständig ablösen, ernennen oder ersetzen. Das ist Sache des Betriebsleiters.

Schwache politische Arbeit — schlechte Produktion

Ein gutes Beispiel einer Gruppenleitung gibt die Nähmaschinenabteilung der Firma Manfred Weiß. Sie gehörte vor einigen Monaten zu den am schlechtesten produzierenden Betrieben. Der Parteiausschuß der Firma hat — sehr richtig — die Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Im Zuge der Diskussion wurde festgestellt, daß die politische Arbeit der Grundeinheiten schwach gewesen war. Es wurden neue Kader in die Grundeinheit entsandt, konkrete Vorschläge wurden zur Ausmerzung der Fehler gemacht, die Arbeit der Parteigruppe, der Betriebsleitung und der Gewerkschaft wurden planmäßig abgestimmt, die Parteimitgliedschaft wurde mobilisiert und überdies die ganze Belegschaft des Betriebes. Das Ergebnis war eine Verdoppelung der Produktion der Fabrik. Ähnliche Ergebnisse wurden in der Werkzeugabteilung der Fabrik Hofherr mit den gleichen Methoden erzielt.

„Verfügungen“, die wertlos blieben

Aber nicht überall arbeitet die Parteiorganisation in dieser Weise. Bei der Kontrolle der Durchführung der Verordnung des Ministeriums für Schwerindustrie vom 4. Dezember 1949, betreffend die Vermeidung von Ausschuß, stellte sich heraus, daß die Arbeit an der Durchführung der Verordnung in den meisten Betrieben absolut mechanisch und bürokratisch vor sich ging. In Betrieben wie Ganzmaschinenfabrik oder Ganz-Schiffswerft, wo man sich mit dem Ausschuß viel herumplagte, hat die Parteiorganisation dieses Problem nicht ein einziges Mal auf die Tagesordnung gesetzt, sie hat die Belegschaft nicht mobilisiert und hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Regierungsverordnung entsprechend zu erklären, geschweige denn die Kräfte zur Ausschaltung der Fehler zusammenzufassen. Hier konnte ebensowenig ein Erfolg erzielt werden wie bei Friedrich-Siemens, wo ähnliche Fehler gemacht wurden und man es obendrein unterließ, ernstlich den Kampf gegen die Lockerung der Arbeitsdisziplin aufzunehmen.

Aus diesen Beispielen geht auch folgendes hervor: Falsch handeln die Betriebsleiter, die da glauben, es genüge, eine Verfügung zu erlassen, damit alles in Ordnung komme. In Massen wurden administrative Verfügungen hinsichtlich des Ausschusses beim Gießen herausgegeben — ohne ernstes Ergebnis. Dies und viele ähnliche Fälle beweisen, daß man unmöglich einen ernstesten Erfolg erzielen kann, wenn die Parteiorganisation des Betriebes ausgeschaltet ist, denn dann gibt es niemanden, der die Aktivität der Massen im Interesse des Erfolges sichert.

Partei und Gewerkschaft

In der letzten Zeit zeigt sich eine Besserung im Verhältnis der Parteiorganisationen der Betriebe und der Gewerkschaften. Aber es gibt noch immer viele Fälle, wo das gegenseitige Verständnis fehlt. Es kommt oft vor, daß die Gewerkschaft Aktionen ohne Wissen der Parteiorganisation einleitet; es wird nichts besprochen, man geht die Partei

nicht um ihren Rat und ihre Hilfe. Man denkt daran, die Kräfte zusammenzufassen. Es ist die Hoffnung auf Erfolg ohne die politische Lenkung der Parteiorganisation. Es kommt übrigens auch der Fall vor, daß die Parteiorganisation die Gewerkschaft geht oder an ihrer Stelle handelt, weil die Gewerkschaftsleitung sowieso schwach ist.

Wo die Gewerkschaftsleitung schlecht arbeitet, die Gewerkschaftsbewegung schwach ist, dort hat die Parteiorganisation schlecht gearbeitet.

H A N S B O H N

Zur O-batbi Пне

Partei Betriebsgruppen

Es ist ein

Die letzte Kreisdelegiertenkonferenz der Partei in Kreis Plauen, die am 12. und 13. November 1949 stattfand, stellte sich zur Aufgabe, in den Privatbetrieben den Einfluß unserer Partei zu verstärken, und verpflichtete unsere Funktionäre in den Gewerkschaften, einen Plan zur Verbesserung ihrer Arbeit in der Privatindustrie auszuarbeiten. Wie wichtig dieser Beschluß war, ergibt sich daraus, daß von den über 4500 Betrieben des Kreises nur 120 voll eigene oder SAG-Betriebe sind, die über 40 Prozent der Beschäftigtenzahl verfügen, und daß die Partei infolge ihrer wichtigen Aufgaben in den volkseigenen Betrieben die Privatbetriebsgruppen in der Privatindustrie vernachlässigte.

Zur Verwirklichung des Beschlusses der Kreisdelegiertenkonferenz wurde zunächst eine Überprüfung der 46 Privatbetriebsgruppen, die bis jetzt in Privatbetrieben bestehen, vorgenommen. Der Zustand dieser Betriebsgruppen zeigt die ideologischen und organisatorischen Schwächen unserer Partei, die durch folgende Beispiele charakterisiert werden:

Politische Rückständigkeit selbst bei Genossen

In einem Privatbetrieb mit 30 Beschäftigten gab es 4 Mitglieder unserer Partei. Einer dieser Genossen erklärte anläßlich einer Diskussion über den Unterschied zwischen privaten und volkseigenen Betrieben, mit seiner „Chef“ sei gut auszukommen, die Arbeiter müßten üben und immer arbeiten, um leben zu können. Ihm sei es egal, wo er arbeite. Hauptsache sei, er bekäme seinen Lohn, egal aber sei es, von wem.

Im Betrieb Hempel in Plauen gibt es 5 Genossen. Einer meinte ein Genosse, eine Betriebsgruppe könne man nicht gründen, weil die anderen Genossen dagegen seien. Daß sich mit dieser Antwort lediglich um seine Privatmeinung handelte, beweist die Tatsache, daß nach einer kurzen Diskussion mit den übrigen Genossen die Betriebsgruppe gebildet wurde.

Diese beiden Beispiele zeigen schon, daß die Genossen in den Privatbetrieben nur sehr wenig die politischen Fragen diskutieren. Wenn es jedoch geschieht, dann meist negativen Sinne. Von aktiver Parteiarbeit kann man in den seltensten Fällen sprechen.